

Lutz Köllner

RÜSTUNGSFINANZIERUNG, ABRÜSTUNG  
UND LANGFRISTIGE WIRTSCHAFTLICHE  
ENTWICKLUNG:  
MAKROÖKONOMISCHE ASPEKTE ZUR  
GEGENWÄRTIGEN  
ABRÜSTUNGSDISKUSSION  
IM WESTLICHEN BÜNDNIS

Referat

anlässlich des Symposiums des Fachbereiches  
Wirtschafts- und Organisationswissenschaften  
an der Universität der Bundeswehr Hamburg,  
mit dem Thema „Europa im Zeichen verstärkter  
Bemühungen um Rüstungskontrolle und  
Abrüstung“ vom 4. - 6. Oktober 1999.

Der vollständige Tagungsband über das  
Symposium wird 1989 im Verlag Wissenschaft  
und Politik in Köln erscheinen. Herausgeber:  
Prof. Dr. Manfred Knapp und Prof. Dr. Christian  
Hacke, Universität der Bundeswehr Hamburg.

Ein Makroökonom und Finanzwissenschaftler kann zur Politikanalyse nichts beisteuern. Der Makroökonom denkt in großen Aggregaten wie z.B. Investieren ' Sparen, Verbrechen, Liquiditätshaltung, Außenbilanzsalden, Geldmenge, Währungsdisziplin usw. Dazu kann ich etwas sagen. Ich hoffe, mein Beitrag kann die anspruchsvollen Ausführungen der hier versammelten Experten, deren Fachwissen mich beunruhigt, ergänzen. Ich gliedere meinem Beitrag in neun Punkte.

## **1. Was meint Rüstungsfinanzierung?**

Rüstungsfinanzierung ist in der Sicht des Ökonomen und Finanzwissenschaftlers die staatswirtschaftliche Finanzierung und physischer Rüstung. Das ist quantitativ weniger als die Militär- oder Verteidigungsausgaben insgesamt, wie sie vor allem im Einzelplan 14 ausgewiesen werden. Daß die bundesdeutschen Militärausgaben größer sind als die im Einzelplan 14 ausgewiesenen Beträge, wenn man nämlich in NATO-Kriterien denkt, erwähne ich am Rande.<sup>1)</sup> In Altindustriestaaten beträgt der Anteil der physischen Rüstung an den gesamten Verteidigungsausgaben unter 25 %. Vergleichbare Altindustriestaaten sind z.B. die Bundesrepublik Deutschland, die USA, Großbritannien, Japan (das mit Verspätung in den Industrialisierungsprozeß eintrat), Frankreich, Belgien, die Schweiz. In Entwicklungsländern, das ist, wie wir alle wissen, kein homogener Begriff, liegen die Anteile für physische Rüstungsausgaben meist höher, vor allem in Staaten, die als Waffenmagazineure im Ost/West-Konflikt auftreten, wie z.B. Libyen. Einige Entwicklungsländer betreiben zudem einen zunehmenden Waffenexport, der staatlich gefördert wird. Hier erscheinen fiskalische Ausgaben für die Rüstung, als offene oder, verdeckte Subventionen. Der vergleichsweise hohe Anteil von Ausgaben für physische Rüstung erklärt sich in manchen Entwicklungsländern aus dem niedrigen Sold, der an Soldaten und Offiziere gezahlt wird und aus einer vernachlässigten, wenn auch häufig recht robusten Infrastruktur. In der Bundesrepublik Deutschland wurden 1987 ca. 12.8 Milliarden DM für physische Rüstung im engeren Sinne ausgegeben.<sup>2)</sup>

## **2. Was bedeutet langfristige wirtschaftliche Entwicklung? Was heißt „Säkularanalyse“, wie Ökonomen es nennen, wenn sie lange Zeiträume betrachten, die über ein volles Jahrhundert reichen können?**

Vordergründig erscheint langfristige wirtschaftliche Entwicklung als Trend. Ein langfristiger Trend ist jedoch eine gesicherte Erkenntnis der langfristigen Wirtschaftsentwicklung - das Ergebnis verschiedenartiger kurz-, mittel- und langfristiger Wellenbewegungen. Wirtschaftliche Entwicklung und wirtschaftliches Wachstum vollzieht sich in Wellenbewegungen. Eine besondere Bedeutung besitzen die Juglarschen Wellen, benannt nach dem Franzosen Clement Juglar, der im vorigen Jahrhundert die regelmäßige Wiederkehr wirtschaftlicher Wellen statistisch feststellte<sup>3)</sup>, und die sogenannten Kondratieffschen Wellen, benannt nach dem Russen Nikolai Kondratieff, der Anfang der zwanziger Jahre periodische Langzeitwellen herausfand.<sup>4)</sup> Der Juglarsche Zyklus wird meist "die Konjunktur" genannt mit ihren verschiedenen Phasen und ihrer meist 7-jährigen Dauer. Die Kondratieffsche Langzeitwelle wird auch Generationenzyklus genannt, weil sie 50-60 Jahre dauert. Wellentäler und Wellenberge liegen dabei weiter auseinander als beim Juglarschen Zyklus. Mit einigen Phasenverschiebungen und ungleich starken Stockungen lassen sich beide Zyklen in nahezu allen Altindustriestaaten nachweisen. Daß es zwischen beiden Typen von Zyklen Zusammenhänge gibt, glauben viele Ökonomen, jedoch wurde diese nobelpreiswürdige Frage bisher nicht befriedigend gelöst, weder analytisch noch empirisch. Säkular betrachtet, erscheinen beide Typen von Zyklen gepreßter, d.h. sie sind kürzer geworden. Beide Zyklen lassen sich auch für die Bundesrepublik Deutschland erkennen. Je länger man zurückblickt, je länger die Periode ist, die man ins Auge nimmt, umso eher stellt sich eine säkulare Kontinuität ein. So läßt sich heute die Wirtschaftsentwicklung, in der Bundesrepublik leichter mit der Wirtschaftsentwicklung des Deutschen Reiches bis 1939 etwa verknüpfen als noch vor zwei Jahrzehnten. Die tiefen Einbrüche von 1918/19 und 1945/48 verlieren in der Langzeitbetrachtung die fast über das ganze 20. Jahrhundert gehende, an Gewicht. Es zeigt sich trotz der Niveauschocks nach zwei verlorenen Kriegen eine erkennbare langfristige wirtschaftliche Entwicklung von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart.<sup>5)</sup>

Das gestattet es uns, Rüstungsfinanzierung und langfristige wirtschaftliche Entwicklung zusammen zu betrachten.<sup>6)</sup>

3. Altindustriestaaten mit annähernd 'vergleichbarem Niveau (ihrer physischen Produktion, ihrer Realeinkommen, ihres Sparvolumens, usw.) weisen makroökonomisch eine Reihe von Gemeinsamkeiten auf.

Ich beschränke mich auf eine Aufzählung im Telegrammstil. Hinter jedem der jetzt zu nennenden Punkte steht eine Fülle von analytischen und wirtschafts empirischen Fragen, die hier nicht einmal angetippt werden können.<sup>7)</sup>

- Langfristig flachen sich die makroökonomischen Zuwachsraten ab, ein Vorgang, der durch mittelfristige Zuwachsraten im konjunkturellen Geschehen immer wieder überdeckt wird. Jüngere positive konjunkturelle Zuwachsraten dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß säkular das langfristige Wirtschaftswachstum abflachende Wachstumszuwächse aufweist. Dennoch konnte man bisher nicht von einer allgemeinen Stagnation sprechen, wie es viele Neomarxisten immer wieder tun und wie es auch Lord Keynes tat.
- Wie schon erwähnt, sind beide Typen von Zyklen offenbar kürzer geworden, sie dauern nicht mehr so lange. Die Konjunktur hat sich auf 5 - 7 Jahre verkürzt, der Kondratieffsche Zyklus auf etwa 45 - 50 Jahre.
- Der gesamtwirtschaftliche Kapitalstock steigt und mit ihm die Kapitalproduktivität, jedoch mit einer Besonderheit:  
der Zuwachs der Kapitalproduktivität sinkt langfristig, entweder, weil die Risikobereitschaft der Privatwirtschaft langfristig abnimmt und/oder weil der technische Fortschritt, der maßgeblich den Zuwachs der Kapitalproduktivität bestimmt, teurer wird.
- Es gibt aufsteigende und niedergehende Industrien. Man denke z.B. an einen Industriezweig, der im vorigen Jahrhundert eine große Rolle spielte und der heute so gut wie ausgestorben ist: die Kupferindustrie, verkörpert durch die bekannten "Kupferhütten". Wir wissen vom partiellen Niedergang der Textilwirtschaft, der Textilindustrie, vom Niedergang etwa der Holzwirtschaft und neuerdings vom Rückgang der industriellen Stahlerzeugung. Die Stahlindustrie hat ihre Rolle als Pioniergrundstoffindustrie längst verloren.<sup>8)</sup>
- Moderne Altindustriestaaten sind gekennzeichnet durch einen spürbaren Anstieg des tertiären und quartären Sektors. Der tertiäre Sektor meint bekanntlich Dienstleistungen, der quartäre Sektor meint Dienstleistungen für Dienstleistungen. Das Projektionsgerät an meiner Seite stellt ein Produkt des Dienstleistungssektors dar, Dienstleistung im Wissenschaftssektor in diesem Falle. Käme jetzt jemand herein, der das leider wohl nicht ganz intakte Gerät reparieren wollte, so wäre das eine Dienstleistung für eine Dienstleistung.  
Eng verknüpft mit dem Anstieg des tertiären und quartären Sektors ist ein gesamtwirtschaftlich überproportionaler Anstieg der Kosten für Wissensleistungen, Ingenieurleistungen usw. Auch Leistungen und Besoldungen von Wissenschaftlern u.a. sind gemeint. Wir wissen z.B., daß die Besoldung für Wissenschaftler seit den fünfziger Jahren - bei allen Querelen um "Stellen" und "Stellenkegel" für qualifizierte Kräfte - überdurchschnittlich - am übrigen Lohn- und Gehaltsniveau gemessen - gestiegen ist.
- Langfristig sinken die Produktivitätszuwächse ab, und zwar paradoxerweise infolge des technischen Fortschrittes und infolge des schnelleren Wachstums des tertiären wie quartären Sektors gegenüber der traditionellen Industrieproduktion. Die zusätzlichen Realeinkommen, die der technische Fortschritt abwirft, werden tendenziell kleiner, gemessen am Input an Realkapital, Wissensleistungen usw. Man kann auch sagen: der technische Fortschritt neigt dazu, seinen eigenen Erfolg aufzufressen.

- Altindustriestaaten sind gekennzeichnet durch hohe Realeinkommen je Kopf, hohe Ersparnisse je Kopf bei säkular zunehmender Liquiditätsneigung, wachsendem geldmarktzinsorientierten Kapitalexport von Privaten wie von Firmen.
- Die Privatwirtschaft zeichnet eine eigenartige Risikoscheue aus, Investitionen werden überwiegend für die mittlere Periode geplant und durchgeführt, den gesamten Wachstumsprozeß kennzeichnet im nicht-öffentlichen Sektor eine gewisse Kurzatmigkeit.
- Eine makroökonomische Steuerung der Wirtschaft (in der Bundesrepublik: z.B. Globalsteuerung und konzertierte Aktion bei der Geldlohngestaltung) wirft schon klassisch zu nennende Zielkonflikte auf. Hervorzuheben ist die folgende grundlegende Konfliktsituation: Der Staatssektor soll aus ordnungspolitischen Gründen gering gehalten werden, wobei er in Altindustriestaaten in diesem Jahrhundert von 6 - 8 auf ca. 40 % anwuchs. Gleichzeitig werden zunehmend Ansprüche an den Staat gestellt, vor allem in den Bereichen Soziales, Gesundheitswesen, Bildungswesen und Subventionierung von - auch militärrelevanter - Forschung und Entwicklung. Die Folge ist ein "Rüstungs- und Industriebarock", das Konzentrationen fördert und - entgegen ständigen politischen Bekundungen - mittelstandsfeindlich ist.
- In den öffentlichen Haushalten steigen - wenn auch im internationalen Vergleich ungleich - langfristig die Subventionsausgaben an. Entgegen ihrem ursprünglichen vorübergehenden Charakter entwickeln sie sich (siehe Agrarsubventionen in der EG und Subventionierung von Forschung und Entwicklung in der Luft- und Raumfahrt) meist zu Dauereinrichtungen und bilden ein mehr oder weniger starres Element in der sekundären Einkommensverteilung durch den Staat.  
 In den Rüstungsindustrien entwickeln sich feste Erwartungen und Praktiken, mit scheinbar festen Kosten bei gleichzeitig chronischer Unterkalkulation zu rechnen, so daß "Kostenanhebungen" notwendig werden. Der MRCA "Tornado" sollte ursprünglich 14,8 Millionen DM je Stück kosten. Der Systempreis (einschließlich Wartungspaketen usw.) betrug nach 8 Jahren schließlich ca. 108 Millionen DM je Stück. Die Rüstungsindustrie ist eine besonders risikoscheue Industrie. Sie erwartet Abnahmegarantien und arbeitet nur nach vorheriger Bestellung. Die Firma Krupp mußte vor 1914 hingegen ihre Kanonen selber entwickeln und diese Entwicklung allein tragen.  
 Die physische Rüstungsproduktion ist eng gekoppelt an das administrativ/bürokratische Beschaffungswesen. Staatliche Rüstungsplanung und physische Rüstungsproduktion arbeiten Hand in Hand, bis hin zur Verzahnung zu einem starren "Militärisch-Industriellen Komplex". Nationale Unterschiede bei diesem Phänomen sind in erster Linie zu suchen bei der Strenge der jeweiligen Kartellaufsicht und der ordnungspolitischen Bereitschaft, wenigstens einen oligopolistischen Wettbewerb im Rüstungssektor zu erhalten, Was in der Bundesrepublik weitgehend mißlungen ist.
- Allgemein verschwindet der vollständige Wettbewerb und macht oligopolistischen und monopoloiden Marktformen Platz. Eigenartigerweise sind Versuche des Staates, der als Monopolist oder doch als mächtiger Teilmonopolist von Waffenkäufen auftritt, seinen, aus der Monopoltheorie bekannten "Cournotschen Punkt" zu verwirklichen, selten festzustellen.
- Löhne und Gehälter steigen - besonders in wohlfahrtsorientierten "Verteilungsgesellschaften" nicht nur leicht schneller als die gesamtwirtschaftliche Produktivität (gemeint sind inflationsbereinigte Reallöhne), sie bilden auch einen schon von John Maynard Keynes beklagten ungewöhnlichen Starrheitsfaktor im wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß. Das gilt vor allem für Altindustriestaaten mit regional wenig differenzierten Lohnabschlüssen Wie z.B. der Bundesrepublik Deutschland. Lohnkorridore sind kaum bekannt, und wenn vorhanden, sind sie eng.<sup>9)</sup>

Die Aufzählung dieser Merkmale ist nicht erschöpfend., aber charakteristisch. Unterschiedlich ist vor allem die Währungsdisziplin, d.h. das jeweilige Tempo der Inflation, die unterschiedliche Gründe haben kann und die bei säkular gewachsener Währungsdisziplin durch die Zentralbanken am wenigsten bei den monetären Faktoren i.e.S. gesucht werden müssen. Es sieht so aus, als wüchse langfristig die Inflationsgefahr als Folge größer werdender Faktorenlücken (Ressourcenverknappung im Grundstoffbereich). Im Zuge zwanzigjähriger und längerer Inflationserfahrung kommt es 'weithin zu einer "Inflationsmentalität", die schon leicht ansteigende Preise antizipiert. Es muß daran erinnert werden, daß die kräftige wirtschaftliche Entwicklung im Deutschen Kaiserreich im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts unter deflationären Bedingungen sich vollzog, eine Folge auch der knappen Goldbestände des Reiches, das Während der großen Währungsreform zwischen 1871 und 1876 auf eine sofortige Goldkernwährung nicht vorbereitet war.

Lassen wir die hier skizzierten Merkmale noch einmal Revue passieren, so wird klar, auf welche grundlegenden Schwierigkeiten die Beschaffung des TKS 90 ("Jäger 90") in den kommenden Jahren stoßen wird. Schon jetzt ist von 27 Milliarden DM die Rede, die zusätzlich in den Verteidigungshaushalt zur Finanzierung dieses Waffensystems eingebracht werden müssen. Um eine Antwort auf die Frage zu finden, ob derartige Mehrausgaben selbst unter Anerkenntnis der Tatsache, daß in anderen Bereichen gespart und begrenzt umgruppiert werden kann, finanziert werden können, muß eine wichtige Grundsatzfrage gestellt werden.

#### 4. Wie flexibel ist der Verteidigungshaushalt?

Die Frage nach der Flexibilität des Budgets ist seit Adam Smith immer wieder gestellt worden, vornehmlich von angelsächsischen Finanzwissenschaftlern. Zwar ist es richtig, worauf Wido Mosen

aufmerksam machte, daß das Militär sich mehrfach gegen die Einführung neuer Waffensysteme wehrte, man denke an den Widerstand der Kavallerie gegen den Panzer, das wichtigere Ereignis blieb jedoch die Tatsache, daß die Kästen der Wehrtechnik schneller stiegen als es die Zentralstaatshaushalte verkräften konnten. Auch wurde langfristig gesehen in demokratisch regierten Altindustriestaaten im Prinzip die Bewilligungsprozedur im Parlament strenger, während die nachträglichen Haushaltskontrollen sich gerade in der Bundesrepublik bisher auf formale Prüfungskriterien beschränkten.

Erstmals gibt es beim "Jäger 90" - für Forschung und Entwicklung wurden im Rahmen des Verteidigungshaushaltes dafür bisher 2,7 Milliarden DM bewilligt - die Institution der "begleitenden Rechnungskontrolle" durch den Bundesrechnungshof, der bereits jetzt nur 150 Stück dieses Jägers für finanzierbar hält, während die Regierungsvereinbarung 200 Stück allein für die Bundesluftwaffe vorsieht. Damit hat sich in der Bundesrepublik erstmalig möglicherweise eine Entwicklung angekündigt, die in Frankreich und in den USA seit langem üblich ist: es wird eine Verbindung hergestellt zwischen "Economic Development and National Security", eine Denkfigur, die der deutschen Finanzwissenschaft bisher weitgehend fremd blieb. Für bundesdeutsche Verhältnisse ist die "Fortschreibung" und der "Vollzug" des als Gesetz verabschiedeten Haushaltes noch immer kennzeichnend. Es fehlt eine "functional finance", gerade auch im Verteidigungsbereich. Deckungsklauseln, Haushaltsbörsen, die mittelfristige Finanzplanung (Mifrfi), die Möglichkeit des Bundes, einen Zuschlag zur Einkommensteuer zu erheben (Ergänzungsklausel) haben die jährliche starre Budgetpraxis aufgelockert, aber nicht von Grund auf flexibel gestaltet. <sup>10)</sup>

Der US-amerikanische wie der französische Verteidigungshaushalt, weisen eine höhere Flexibilität auf als der bundesdeutsche Verteidigungshaushalt. Die Unterscheidung zwischen "Authorisationen" als Rahmenplanung, laufenden "Bewilligungen" und tatsächlichen "outlays", die während eines Haushaltsjahres korrigiert werden können, ist in der bundesdeutschen Finanzpraxis, unbekannt. Der Bundeshaushalt kennt keinen "Budgetkorridor", wie er in den USA üblich ist, und auch nicht die Einrichtung eines Budgetdirektors, der exekutive Befugnisse gegenüber dem Präsidenten im jeweils laufenden Haushaltsjahr hat. In Frankreich gibt es das System der Finanzkontrolleure, die ebenfalls in einem laufenden Haushaltsjahr tätig werden können und somit nicht mit der in der Bundesrepublik üblichen nachträglichen Rechnungs- und Haushaltskontrolle verwechselt werden dürfen. Im EVG-Vertrag von 1952/54 waren Finanzkontrolleure vorgesehen. Wir wissen, daß die teils revolutionären Pläne für ein EVG-Budget 1954 in der französischen Kammer an einer Geschäftsordnungsdebatte scheiterten. <sup>11)</sup> Das Ergebnis unterschiedlicher Finanz- und Budgetpraktiken ist, daß in einigen NATO-Staaten Umschichtungen im Verteidigungshaushalt leichter möglich sind als in der Bundesrepublik. Derartige Umschichtungen werden auch Konversion genannt. Es gibt verschiedenartige Konversionsformen, die analytisch genau auseinandergehalten werden müssen. <sup>12)</sup>

#### 5. Fiskalische Konversion in einem Altindustriestaat unter gegebenen, Bedingungen physischer Rüstung.13)

Da die Konversionsforschung noch vergleichsweise jung ist, müssen wir einige grundlegende Bemerkungen machen. Es gilt, drei Formen fiskalischer Konversion zu unterscheiden:

1. ressortintern (meist als "Umrüstung" bezeichnet), es werden innerhalb des Verteidigungsbudgets die Ausgaben neuverteilt;
- 2) budgetintern, es finden zwischen den Ressorts Verschiebungen statt, ohne daß sich das gesamte Ausgabenvolumen zu verändern braucht. Man denke an die langfristige Umschichtung von Militärausgaben zu den Sozialausgaben hin, die sich auch in den USA zeigt, wenn auch weniger ausgeprägt als in der Bundesrepublik;

- 3) budgetverlassend, das wird von vielen als die "eigentliche" Konversion angesehen. Es findet eine Umschichtung aus dem militärischen in den nicht-militärischen Sektor statt.

Entscheidend für den Konversionserfolg sind die tatsächlichen Handlungsspielräume. Sie sind unterschiedlich einzuschätzen.

- zu 1) Säkular haben die allgemeinen Kostenstellen zugenommen. Die eindeutig den Teilstreitkräften zurechenbaren Ausgaben wurden geringer. Damit wurde auch die Manövriermasse kleiner, die durch Egoismen der Teilstreitkräfte hervorgerufen und bewegt werden kann. Gleichzeitig wurde die Bewaffnungsstruktur der Streitkräfte vielfältiger, verbunden mit der Gefahr "von vielem etwas und von allem zu wenig" zu haben. Hinzu kommt, daß der NATO-Rat lediglich Empfehlungen aussprechen kann, wenn es um die Aufstockung nationaler Verteidigungshaushalte geht. Der Anteil der Verteidigungsausgaben pendelte sich säkular in der Bundesrepublik auf 2,8 - 3,6 % am Bruttosozialprodukt ein. In 30 Jahren sank der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bundeshaushalt von ca. 30 % (1955/56) auf 18 % (1987) ab.<sup>14)</sup>

Um einen Eindruck zu vermitteln von der langfristig eh Entwicklung von Militärausgaben im Deutschen Reich bzw. in, der Bundesrepublik Deutschland blicken Sie bitte auf das Schaubild \*<sup>15)</sup>

#### Schaubild Militärausgaben in Deutschland 1900 - 1980

In aller Bescheidenheit darf ich darauf hinweisen, daß an diesem Schaubild, d.h. an den Statistiken, die ihm zugrunde liegen, fast 6 Jahre lang gearbeitet wurde. Die, senkrechte Achse zeigt einen logarithmischen Maßstab, d.h. gleiche Abstände bedeuten jeweils Verdoppelungen. Wie bekannt, kann man auf diese Weise Zuwachsraten anschaulich darstellen. Wie, nicht anders zu erwarten, zeigen die Entwicklungen gebrochene Trends, wobei die beiden Weltkriege von Ökonomen als extreme Störsituationen verstanden werden.

Das zwanzigste Jahrhundert brachte den Anstieg der Sozial- und Bildungsausgaben als Jahrhundertereignis mit sich. Der Reichshaushalt aus der Zeit vor 1914 war weitgehend ein Wehretat gewesen, vor allem unter dem Eindruck der 1906 verstärkt einsetzenden Flottenrüstung. Wiederum langfristig betrachtet, wurde der Verteilungskampf im Parlament härter. Die schon der Weimarer Republik bekannte Einrichtung, neue Ausgaben nur zu bewilligen, wenn gleichzeitig der Nachweis ihrer Finanzierbarkeit vorgelegt werden kann, wurde auch in die Finanzpraxis der Bundesrepublik, wenn auch verspätet, aufgenommen.

- zu 2) Die fiskalischen Manövriermassen zwischen den Ressorts sind gering. Das ist gewiß auch eine Folge der Tatsache, daß es neben den klassischen Ressorts heute eine Vielzahl neugeschaffener Ressorts gibt (ERP-Ministerium bis 1954). Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Forschungs- und Wissenschaftsministerien, Familienministerium usw.). Auch von daher betrachtet, ist der bundesdeutsche Verteidigungshaushalt wenig flexibel.
- zu 3) Die budgetverlassende Konversion wird meist im Zusammenhang gesehen mit Abrüstung und politischen Aktivitäten bestimmter Gruppen, vor allem der Friedensbewegung. Wird sie, aus welchen politischen Gründen auch immer, vorgenommen, dazu zählt

In makroökonomischer Sicht auch ein Abflachen der jährlichen Zuwachsraten zum Verteidigungshaushalt, so dürfte gleichzeitig der Spielraum für eine ressort- und budgetinterne, Konversion eingeschränkt werden.

Wir dürfen schlußfolgern, daß eine ressortinterne. Konversion begrenzt möglich erscheint, jedoch nur bei deutlichen militärstrategischen Vorgaben, auch über künftige Bewaffnungsstrukturen. Eine budgetinterne Konversion scheint nur begrenzt möglich zu sein. Eine budgetverlassende Konversion erscheint vorstellbar vor allem bei einer Niveausenkung- der Bedrohung (z.B. durch internationale Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsverhandlungen) und bei einer breiten Niveausenkung bei der Wehrtechnik. Die zuletzt genannte Niveausenkung ist sogar erforderlich, weil ...

## **6. spezielle Finanzierungsfragen künftiger Verteidigungshaushalte auftreten. Auf der Einnahmeseite lautet die Grundsatzfrage nach Wie vor: Steuer- oder Anleihefinanzierung für Verteidigungsausgaben?**

Das ist eine alte Frage der Finanzwissenschaft gegenüber den Problemen der Finanzierung von Kriegen und Militär seit den schottisch/englischen Klassikern der Ökonomie.<sup>16)</sup>

Ich beschränke mich auf wenige Bemerkungen. Eine mittelfristig das Finanzaufkommen des Bundes mindernde Steuerreform, gleichgültig in wieviel Schritten sie durchgeführt wird, ist unvereinbar mit nachhaltig erhöhten Verteidigungsausgaben. Dies zumal dann, wenn die budgetinterne Manövriermasse zugunsten erhöhter Verteidigungsausgaben gering ist und möglicherweise daneben auch noch budgetverlassende Konversion angestrebt wird. Die derzeitige Verschiebung zu den sog. "indirekten Steuern" als EG-Harmonisierungsmaßnahme verschiebt die Finanzierungsproblematik nur innerhalb der Steuersysteme. Sollen dennoch teure, große, neue, Waffensysteme eingeführt werden, so stärkt das die Tendenz zu gesteigerter Nettoneuverschuldung. Das ist der Kern des derzeitigen "Stoltenberg-Problems". Dabei wird die Staatsverschuldung stets kurzfristiger. Von der einst klassischen Staatsanleihe mit 99-jähriger Laufzeit führt ein langer Weg zu den Bundesschatzen mit sieben Jahren Laufzeit und weniger. Es teilt die Verteidigungsfinanzierung, also auch die Rüstungsfinanzierung, das Schicksal der allgemeinen Finanzierung von Zentralstaatshaushalten in Altindustriestaaten. Leider lassen sich empirisch keine genauen Zurechnungen vornehmen, da das Budgetprinzip der "Non-Affektation" gilt, d.h. einzelne Staatseinnahmen können nicht ausgewählten Staatsausgaben zugerechnet werden. Die Gesamtmasse der Einnahmen steht zur Finanzierung der Gesamtmasse der Ausgaben zur Verfügung. Nur indirekt lassen sich Zurechnungen vornehmen, z.B. beim "Wehrbeitrag" von 1913, der gezielt der Aufstockung der Militärausgaben des Reiches galt.<sup>17)</sup>

7. Trotz der genannten Schwierigkeiten und der vielen Starrheitsfaktoren, denen sich eine künftige Verteidigungsfinanzierung gegenüberstellt, gibt es Ausblicke und Lösungsmöglichkeiten für die Zukunft. Dabei muß beachtet werden, daß in Zeiten tiefgreifender Strukturumbrüche, wie derzeit, Prognosen besonders schwierig sind. Die bundesdeutsche Steuerschätzkommission ist vor ungewöhnliche Aufgaben gestellt. Die Beziehung zwischen budgetinterner und ressortinterner Konversion kann dennoch verbessert werden, weil:

- a) möglicherweise Anfang der neunziger Jahre ein vierter Kondratieffscher Langzeitaufschwung einsetzt, wie es vor allem US-amerikanische Ökonomen annehmen. Ein derartiger Aufschwung, etwa durch innovative High-Technology getragen, sowie durch die Schaffung großer Binnenmärkte gestützt, kann zudem mit einem Juglarschen Konjunkturaufschwung zusammentreffen, so daß beide Wellenbewegungen sich verstärken;
- b) es - begrenzte - Möglichkeiten gibt, Verteidigungsausgaben effizient zu gestalten. Es muß jedoch deutlich gesagt werden, daß dies zwar sich über mehrere Haushaltsjahre erstrecken kann, im Kern jedoch ein einmaliger Vorgang bleibt;
- c) wehrtechnisches Wissen in der Bundesrepublik (noch) leichter zurückgenommen werden kann als in Staaten mit ausgeprägter Nuklear- und Raumfahrtrüstung. Konversion ist im Vergleich zu den USA in der

Bundesrepublik quantitativ und qualitativ ein harmloser Vorgang, wenn man hört, daß in den USA 30 % aller Ingenieurleistungen der Rüstung und Raumfahrt dienen;<sup>18)</sup>

- d) es einen europäischen Verteidigungshaushalt geben kann, der aufgrund seiner Ausgestaltung und Flexibilität effizienter arbeitet als das Nebeneinander von nationalen Verteidigungshaushalten, in diesem Zusammenhange müssen wir einige Bemerkungen treffen über einen möglichen europäischen Verteidigungs(teil)haushalt.

## 8. Ein möglicher europäischer Verteidigungs(teil)haushalt<sup>19)</sup>.

Er entspricht dem erreichten Stande der europäischen Integration, wenn er Ihr nicht gar hinterherhinkt. Die europäische Währungspolitik ist jedenfalls weiter vorangekommen als die europäische Finanzpolitik und Finanzwirtschaft. Ein solcher Haushalt genießt eine Reihe von Vorzügen. Auch sie zählen wir nur stichwortartig auf, z.B.:

- neue, flexible Budgettechniken können eingeführt werden, militärische Missionen können gebündelt werden und sie können an die Stelle bloßer Fortschreibung traditioneller Etats treten,
- Wiederkehrende jährliche Reibungsverluste beim Aushandeln in Brüssel ("Wer trägt was?") können vermindert werden,
- die internationale Rüstungskoooperation kann gestärkt werden, wenn auch wahrscheinlich auf niedrigerem Niveau als von der bundesdeutschen Rüstungsindustrie gewünscht.

Durch die Einführung eines neuartigen, zusätzlichen supranationalen Verteidigungsfonds kann ein integrierter europäischer supranationaler Verteidigungs(teil)haushalt flexibler gestaltet werden.<sup>20)</sup> Er kann

- wechselnden Sicherheitslagen angepaßt werden, ein Baustein sein für ein künftiges europäisches Finanzsystem, das neben einer europäischen Währungsordnung, ein europäisches Währungssystem, treten kann,
- über eine gemeinsam betriebene europäische Konjunktur Stabilisierung das europäische Finanzaufkommen für Verteidigungszwecke glätten,
- nicht zuletzt Erhebungskosten senken oder fortfallen lassen, die bisher im Zuge zwischenstaatlicher Doppelbesteuerung und der Minderung ihrer Härten anfielen.

Es muß betont werden, daß die Funktionstüchtigkeit eines solcherart supranationalen integrierten Verteidigungshaushaltes, auch wenn er nur Teile der gemeinsamen europäischen Verteidigungsfinanzierung übernimmt, entscheidend abhängt von einer gemeinsam betriebenen Währungsdisziplin in den beteiligten Staaten.<sup>21)</sup>

Bitte, lassen Sie mich einige Schlußbemerkungen treffen, in verzweifelter Kürze, wie Joseph A. Schumpeter gesagt haben würde.

Ich denke, es kann neben einer militärischen "flexible response" auch eine fiskalische "flexible response" geben. Neben den skizzierten Einzelheiten ist die wichtigste Voraussetzung hierfür der Vorstoß zu einem konzeptionellen verteidigungspolitischen Denken anstelle von "Fortschreibungen" und "Weiterwursteln". Die finanzwirtschaftliche Frage mit Blick auf die Verteidigungsfinanzierung kommender Jahre muß neu formuliert werden. Sie muß lauten: Mit wieviel realistisch erweise zu erwartenden Finanzmitteln kann welche Form von Verteidigung "bezahlt" werden?

Das erfordert den Ersatz von etatistischem Denken durch ein funktionales finanzwirtschaftliches Planen und Handeln. Es geht dabei nicht nur um mehr Mut bei der Umschichtung von Finanzmitteln, sondern auch um den Mut zur Umschichtung liebgewordener Gewohnheiten und althergebrachter fiskalischer Praktiken. Mehr

fiskalische Flexibilität ist geeignet, Lösungen zu verbessern. Unter den gegebenen Umständen (vergleiche hierzu die Grobschätzung über den künftigen Verlauf der Entwicklung bundesdeutscher Verteidigungsausgaben im Anhang) erscheinen die finanzwirtschaftlichen Probleme des bundesdeutschen Verteidigungshaushaltes unlösbar. Ihre dennoch versuchte Lösung wird entweder die Nettoneuverschuldung nach oben treiben oder ihren nachhaltigen Abbau verhindern und/oder es wird erhebliche politische Reibungsverluste geben. Jedenfalls wird der europäische Integrationsprozeß darunter leiden.

Bisheriger Rüstungskoooperation, auf welchem Niveau auch immer, muß eine finanzwirtschaftliche, auch eine budgetpolitische Kooperation auf supranationaler Ebene zur Seite treten.<sup>22)</sup>

## ANMERKUNGEN

- 1) Hierzu, mit ausführlichem bibliographischem Apparat, Köllner, Lutz: Militär und Finanzen zur Finanzgeschichte und Finanzsoziologie von' Militärausgaben in Deutschland, München 1983
- 2) Kern Ulrich und Köllner, Lutz: Zur langfristigen Entwicklung des Verteidigungshaushaltes der Bundesrepublik Deutschland 1955 1983 und einiger ausgewählter Kapitel
- 3) Juglar, Clement: Des crisis commerciales et leur retour périodique en France, en Angleterre, et aux Etats-Unis, Paris 1860-, bezeichnenderweise fehlt - ebenso wie bei Nicolai Kondratieff -, Deutsch-7 land in der vergleichenden Betrachtung. Die deutsche Kleinstaaterei, machte es unmöglich, Zahlen der verschiedenen statistischen Bureaus zusammenzustellen.
- 4) Kondratieff, Nicolai: Die langen Wellen der Konjunktur. In: AriCiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik, Band 56, Tübingen 1926, wiederabgedruckt in: Die langen Wellen der Konjunktur, Berlin 1972 (Prinkipo Edition, Kondratieff verweist eingangs seiner Abhandlung auf die kurzfristigen "Kitchin-Zyklen", (etwa drei Jahre). Dazu' Kitchin, Cycles and Trends in Economic Factors, in: Review of Economic Statistics, Band 5, 1923. Tatsächlich bildete die Konjunkturtheorie, man denke nur an Gottfried Haberlers epochales Werk, in den dreißiger Jahren im Auftrage des Völkerbundes angefertigt, also nach der großen Krise 1928/32 - tatsächlich bildete die Konjunkturtheorie lange Zeit einen, wenn nicht den Hauptbestandteil wirtschaftswissenschaftlichen Denkens. Wenn zu Ende der achtziger Jahre Kondratieffsche Vorstellungen wieder in den Vordergrund rücken, so ist das gewiß auch eine Folge langfristiger Veränderungen, die allein konjunkturtheoretisch nicht erklärt werden können. Alle Konjunkturtheorien gehen von der Annahme einer periodischen Wiederkehr eines Zyklus aus. Streitpunkte bleiben stets die Ursachen und die Amplituden der Zyklen. Eine ähnliche Diskussion über die Kondratieffschen Wellen gab es nur in den zwanziger Jahren, als die russische Wirtschaftswissenschaft und Statistik einen hohen Stand aufwies, der später verflachte.
- 5) Walther Gustav Hoffmann (und Mitarbeiter): Das Wachstum der Deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin-Heidelberg-New York 1965. Ders., zusammen mit Müller Joseph H.: Das deutsche Volkseinkommen 1851 - 1957, Tübingen 1959
- 6) Den interessierten Leser verweisen wir auf konzentrierte Handwörterbuchartikel unter den Stichworten Wirtschaftswachstum und Wirtschaftstheorie sowie Industrialisierung im Handwörterbuch der Sozialwissenschaften und im Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, beide Lexika sind Gemeinschaftseditionen der Verlage G. Fischer-Stuttgart, Mohr-Tübingen und Vandenhoeck und Ruprecht in Göttingen. Sie erschienen zwischen 1956 und 1963 bzw. 1976 - 1981
- 7) Hierzu u.a.: Hoffmann, Walther G., Artikel Industrialisierung, In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 5, Stuttgart-Tübingen-Göttingen. Der jüngere Beitrag zu diesem Stichwort im Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft ist weniger quantifizierend und leider auch weniger überzeugend. Wirtschaftliche Entwicklung ist ein wirtschaftsempirisch nachweisbarer Vorgang und er ist zugleich Wirtschaftsgeschichte. Die Denkfigur der Ökonomen entstammen hauptsächlich den Schubkästen von Léon Walras, Vifredo Pareto, Joseph Alvis Schumpeter, John Maynard Keynes und in einem gewissen Sinne, gerade was den Anspruch auf langfristige Prognostizierbarkeit wirtschaftlicher Entwicklung angeht, auch von Karl Marx und Friedrich Engels. Als typische Langzeitanalytiker und Prognostiker nennen wir Walt W. Rostow, zeitweise Präsidentenberater in den USA; W. Arthur Lewis, Kenneth J. Galbraith, der vergeblich versuchte, die Zunft der Wirtschaftsanalytiker mit dem ebenso' alten wie falschen Argument lächerlich, zu machen, in der Praxis der wirtschaftlichen Entwicklung sei alles anders als in der ökonomischen

Wachstumstheorie. Männer wie Hermann Kahn, Norbert Wiener und andere müssen eher als Zukunftsforscher gelten. Gemeinsam ist prognostizierenden Wirtschaftsempirikern und Zukunftsforschern, die Methode, Modelle - heute sagt man gerne: Szenarien - unter bestimmten, historisch abgesicherten und realistischen Annahmen zu entwickeln. Ein Beispiel hierfür bildet die Arbeit des Nobelpreisträgers Wassily Leontief (zusammen mit Fay Duchin): *Military Spending, Facts and Figures, ...*, New York-Oxford 1983. Diese späte Arbeit des "Erfinders" der Input/Output-Rechnung war der Versuch, ein Weltmodell 2000 vorzuführen, ähnlich wie es der Club of Rome zweimal versuchte. Leontiefs Arbeit wurde durch den plötzlichen Preisverfall beim Öl, mit dem niemand gerechnet hatte, empfindlich gestört. Wenn nicht unbrauchbar. Was wir sagen möchten ist, daß das Phänomen langfristiger wirtschaftlicher Entwicklung einmal rückblickend eine empirisch/historische Dimension hat, zum anderen eine in die Zukunft gerichtete Operationalisierung. Viele Ökonomen sind verständlicherweise sehr stolz darauf, diese beiden grundlegenden Instrumente zu besitzen, die z.B. Historiker nicht vorweisen können.

- 8) Hier wird deutlich, daß die Betrachtung wirtschaftlicher Entwicklung keinen Bereich der Wirtschaft ausläßt, weder die Lohn-, die Produktions-, die Außenwirtschafts- und die Geld- und Kredittheorie fehlen. Selbstkritisch muß die Ökonomie jedoch eingestehen, daß sie lange Zeit strukturelle Wandlungen übersehen hat. Sie bilden nunmehr einen Schwerpunkt des ökonomischen Denkens in den achtziger Jahren unseres Jahrhunderts.
- 9) Köllner, Lutz: Militärausgaben und Militärstruktur, Ansätze und Beiträge zur Analyse seit 1900, in: *Berichte des Sozialwissenschaftlichen Institutes der Bundeswehr*, Nr. 24, München 1980
- 10) Vgl. hierzu verschiedene Beiträge in der dritten Auflage des Handbuches der Finanzwissenschaft, herausgeben von Fritz Neumark, Norbert Ansel und Heinz Haller, 4 Bände, Tübingen 1976 - 1983; z.B. der Beitrag von Konrad Littmann: *Problemstellung und Methoden der heutigen Finanzwissenschaft*, Bd. 1, S. 100 ff., Tübingen 1916
- 11) Im Jahre 1989 wird der zweite Band des von Hans-Erich Volkmann betreuten Werkes über die Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik nach 1945 in München erscheinen (Verlag Oldenbourg). In diesem Band findet sich ein Beitrag des Verfassers dieser Skizze über finanzwissenschaftliche und finanzwirtschaftliche Fragen der Europa-Armee (Pleven-Plan) 1950/54.
- 12) Die traditionelle Formulierung von Konversion heißt: Umstellungsflexibilität, bei der Produktion wie bei den Staatsausgaben. Während die Umstellungsflexibilität der Finanzsysteme auf veränderte Einnahmen eine hohe Ähnlichkeit aufweist, zeigt sie bei den Ausgaben, also auch bei denen für physische Rüstung, Unterschiede. Hier betreten wir das Feld der Finanzsoziologie und das der Parlamentssoziologie, wie es von Vilfredo Pareto, Rudolf Goldscheid, Joseph A. Schumpeter nach dem Ersten Weltkrieg abgesteckt wurde. Die finanzsoziologische Forschung ist in der Bundesrepublik Deutschland, land seit dem Ableben von Horst Jecht, Herbert Sultan und Fritz Karl Mann so gut wie zum Erliegen gekommen. Deshalb wissen wir wenig über die Bewilligungsprozedur von Verteidigungshaushalten, obwohl sie doch öffentlich sind und nachgelesen werden können, z.B. in der Wochenzeitung "Das Parlament". Zweifellos haben Politikwissenschaftler auf diesem Gebiete in den vergangenen 15 Jahren mehr geleistet als Ökonomen und Finanzwissenschaftler. Manches deutet darauf hin, daß die "nicht logischen Handlungen" der Politiker zugenommen haben, oder: sie sind evidenter geworden, je tiefer analytische Ökonomie und Empirie in komplexe Sachverhalte eindringen. Für den Konversionsprozeß gilt Ähnliches: die politischen Argumente werden selektiv vorgetragen, die fachwissenschaftliche Argumentation hingegen wird komplexer. Der Ausweg, diesem Dilemma zu entfliehen liegt bekanntlich darin, immer mehr Beiräte und Fachgremien für die praktische Politik, auch die Finanzpolitik, zu schaffen, während Legislaturperioden, Schulung von Politikern und

Anforderungsprofile an Ressortminister ein tabuisiertes Thema bilden, was jeden Wissenschaftler traurig stimmen muß.

- 13) Selbstverständlich unterliegt auch jede alternative Produktion ökonomischen "Gesetzen". Die Analytiker der Konversion sind gut, beraten, wenn sie theoretische Denkfiguren wie Opportunitätskosten, soziale Kosten externe wie interne Effekte, Nutzen/Kosten-Analyse und Programmatritzen usw. intensiv einsetzen. Denn alternative Produktion kann sowohl kreislauf- wie entwicklungswirtschaftlich völlig mißlingen. Die fiskalische Konversion steht und fällt mit der Beweglichkeit des Regierungssystems und der parlamentarischen Arbeit.
  - 14) In den USA waren es während des Vietnamkrieges bis zu 12 % des dort so genannten Gross National Product. Inzwischen liegt der Anteil bei etwa 6 %. Leider ist es bisher nicht gelungen, amerikanischen Angaben zu entnehmen, wieviel der US-Militärausgaben auf die NATO entfallen. Schätzungen schwanken zwischen 25 % und 40 % der gesamten US-amerikanischen Militärausgaben.
  - 15) Entnommen aus Köllner, Lutz: Militär und Finanzen, a.a.O., S. 151
  - 16) Einen gerafften Überblick habe ich zu geben versucht in dem Sammelband von Karl-Ernst Schulz (Herausgeber): Ökonomie und Militär, Göttingen 1977
  - 17) Abgabewirtschaftlich war der Wehrbeitrag eine Mischung aus einem Zuschlag zu den Ländereinkommensteuern und einer gestaffelten Reichsvermögensabgabe. Der Wehrbeitrag erbrachte etwa 1 Milliarde Mark. 1986 wurde auf einer Tagung der Gesellschaft für Militärökonomie in Mannheim auch eine übernationale Verteidigungsanleihe erwogen. Vgl. hierzu: Zur Finanzierung der Europäischen Verteidigung, Bericht Nr. 1 der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Mannheim, herausgegeben von der Gesellschaft für Militärökonomie, Koblenz 1986
  - 18) Aus der Fülle der Literatur erwähnen wir lediglich: Kennedy, Gavin: Defense Economics, London 1977; Schmidt, Christian (Herausgeber, zusammen mit Frank Blackeby): Peace, Defense and Economic" Analysis, New York 1988
  - 19) Hierzu wird ein ausführlicher Forschungsbericht des Sozialwissenschaftlichen Institutes der Bundeswehr (Nr. 48) 1989 in München erscheinen: Köllner, Lutz; Bald, Detlef und Grafe, Raimund: Neuordnung der Finanzen im Bündnis. In einem zweiten Band werden politikwissenschaftliche Fragen der Allianzfinanzierung behandelt Werden (Bericht Nr. 49);
- Neben einem Fonds ist eine Europäische Verteidigungsbank von Günther Kirchhoff vorgeschlagen worden. Wir geben einem möglichen Fonds den Vorzug. Seine Aufgabe besteht darin, einen Puffer zu bilden zwischen einem schwankenden Aufkommen für Verteidigungszwecke und den jeweiligen tatsächlichen Ausgaben. Eine Verteidigungsbank hingegen hätte die Aufgabe, eigene Papiere zur Zeichnung auszulegen. Prof. Kirchhoff denkt offenbar mehr an eine Liquiditätsstütze für die Rüstungswirtschaft als an einen makroökonomisch wirksamen Fonds, der den Verteidigungsfisci Liquidität und Ausgaben ermöglichen soll.
- 20) Die Literatur hierzu ist zu umfangreich, um auch nur in groben Zügen vorgetragen werden zu können. Für den Spezialfall der Kooperation bei Forschung und Entwicklung nennen wir lediglich: Hall, Donald: European Cooperation in Armaments Research and Development, in: RUSI-Journal, Summer 1988, London 1988. Vgl. auch: Kirchhoff, Günther (Herausgeber): Handbuch zur Ökonomie der Verteidigungspolitik, Regensburg 1986 mit ca. 120 Fachbeiträgen.
  - 21) Europäische Währungspolitik und europäische Finanzpolitik können im Felde der Verteidigungswirtschaft auch finanztechnisch zusammengehen, indem z.B. Rüstungskoooperation, Besoldungen usw. in europäischer Währungseinheit (ECU) vorgenommen werden.

- 22) Das erfordert eine Vielzahl nationaler Kompetenzverzichtes. Die immer wieder zitierten nationalen Eigenbelange erweisen sich bei näherem Hinsehen als nichts anderes als die Unfähigkeit, zu erkennen, daß von und in einem größeren Gebilde Jeder von den mobilisierten potentiellen Integrationsreserven partizipiert. Eine entscheidende ökonomische Frage freilich bleibt durchaus bestehen, wie nämlich sich Integrationserfolge auf bisher ausschließlich nationale Wirtschaften verteilen. Man erkennt, daß eine fiskalische Europäisierung der Verteidigung nur als Teil einer umfassenden europäischen Integration gedacht werden kann.

## ANHANG

Geschätzter Verlauf künftiger bundesdeutscher Verteidigungsausgaben auf der Basis 1988 54,0 Mrd. DM und 27 Mrd DM für TKS 90 auf 6 Jahre verteilt

	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Einzelplan 14 (3 % plus)	55,60	57,26	58,98	0-0,70	62,70	64,60	66,54
TKS 90		4,50	4,50	4,50	4,50	4,50	4,50
Berlinausgaben (3 % plus)	16,40	16,90	17,41	17,95	18,14	18,68	19,24
Einmalige Aufstockung 1989 (3 % plus)	2,00	2,06	2,18	2,25	2,32	2,39	2,40
Gesamt:	74,00	80,72	82,99	85,38'	87,00	90,17	92,68
Gesamt, mit nur 113 Berlinausgaben	63,90	69,52	71,39	73,48	75,00	77,90	79,58

Alle Werte geschätzt und gerundet

Schaubild: Militärausgaben in Deutschland 1900 - 1980

